

Verlass ist nur auf die USA

Die EU-Beitrittsländer misstrauen dem deutsch-französischen Führungsanspruch

VON JERZY MAĆKÓW

Die Feststellung Donald Rumsfelds, Deutschland und Frankreich stünden für das „alte Europa“ traf die deutschen und französischen Politiker sowie Intellektuellen wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Ihre empörte Reaktion zeigt, dass viele „alte Europäer“ selbst milde formulierte Kritik nicht vertragen, zumal dann nicht, wenn sie gerade den vierzigsten Jahrestag des Elysée-Vertrages feiern. Kritikfähigkeit galt früher als ein wertvoller intellektueller Zug der europäischen Kultur. Insofern irrt Rumsfeld: Er kritisiert nicht das alte, sondern doch das neue, moderne Europa, das seine Erfüllung offenbar darin findet, sich selbst zu feiern.

In jenen Ländern, deren Vertreter am 13. Dezember des vorigen Jahres in Kopenhagen ihre EU-Beitrittsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen hatten, hat man dagegen viel Verständnis für Rumsfeld und für die amerikanische Irak-Politik. Dieses Verständnis geht zum einen auf historisch gewachsene, positive Amerika-Assoziationen der meisten Mittel-, Nordost- und Südosteuropäer zurück. Zum anderen betrachten die „neuen Europäer“ sowohl die nationalistisch motivierte Konkur-

renz beider EU-Vormächte als auch deren – zumindest latenten – Anti-amerikanismus mit Misstrauen. Sie freuen sich, dass sie in Amerika ein Gegengewicht zur deutsch-französischen Übermacht auf dem Kontinent haben.

Die ehemals kommunistisch beherrschten Völker Europas bewundern zwar den westeuropäischen Wohlstand. Doch sie können die offensichtlichen Schwächen der führenden europäischen Kontinentalmächte nicht übersehen. Deutschland und Frankreich gingen doch auf Dauer ein Vasallenverhältnis mit den USA ein. Sie überließen die Sorge um die europäische Sicherheit den Vereinigten Staaten und verwendeten ihre Energien dazu, mit „sozialer Gerechtigkeit“ zu experimentieren.

Besonders in Deutschland breitete sich der naive Glaube aus, die militärisch und außenpolitisch beinahe machtlose EU sei ein Friedens- und Sicherheitsmodell für die moderne Welt. Selbst der Wegfall der kommunistischen Bedrohung bewog die Deutschen und Franzosen nicht dazu, die hohen Kosten der Sicherheit und des Friedens in Europa zu übernehmen, wodurch ihr Vasallenverhältnis zu den USA parasitäre Züge gewann.

Die in den letzten Wochen de-

monstrierte atlantische Loyalität der postkommunistischen Demokratien entspringt dagegen einer Ohnmacht und einem Sicherheitsbedürfnis, die den Deutschen und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg auch eigen waren. Kann dies verwundern? In Südosteuropa tobten noch vor kurzem mörderische Kriege, die nur von amerikanischen Soldaten beendet werden konnten. In Osteuropa haben sich dauerhaft autoritäre Regime etabliert. Im Kaukasus führt Russland – mit europäischer und amerikanischer Duldung – einen Vernichtungskrieg gegen das kleine Volk der Tschetschenen. Weder die Franzosen, noch die Deutschen, noch die EU verfügen über ausreichendes materielles und geistiges Potenzial, um mit dieser Realität umzugehen. Sie zeigen sich aber als durchaus dazu fähig, zusammen mit Putin die Amerikaner lautstark zur Einhaltung des Völkerrechts anzumahnen.

Die postkommunistischen Reformländer wären zwar sehr schlecht beraten, wenn sie sich in ihrer Sicherheitspolitik auf ihre eigenen, immer noch schwachen Kräfte verlassen würden. Doch noch gefährlicher wäre für sie, in diesem Zusammenhang Hoffnungen auf Frankreich und Deutsch-

land zu setzen. Es ist einfach kaum vorstellbar, dass in einer ernsthaften Krisensituation viele französische oder deutsche Politiker bzw. Intellektuelle heute etwa für Litauen mehr tun würden als für Kosovo-Albaner oder für die Tschetschenen. Alleine deshalb ist es für die postkommunistischen Demokratien notwendig, die Amerikaner an ihrer Seite zu haben. Denn die USA sind militärisch so stark, dass kaum jemand wagen würde, gegen ihre Verbündeten vorzugehen.

Deshalb stellt die atlantische Loyalität für die neuen EU-Mitglieder nicht die Ergänzung, sondern die unverzichtbare Basis ihrer Integration in die EU dar. Sie tragen bereitwillig die – gemessen am jeweiligen Bruttosozialprodukt – hohen Kosten dieser atlantischen Orientierung. Sie werden hoffentlich die zentralen sicherheitspolitischen und Bündnisfragen nicht verantwortungslos für innenpolitische Zwecke instrumentalisieren. Sonst könnten sie die seit Jahrhunderten einmalige Chance, ihre Sicherheit und Freiheit auf ein relativ festes Fundament zu stellen, verspielen.

Der Autor lehrt vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Regensburg